

GRUNDSATZPROGRAMM

BUNTE LISTE BAD SALZUFLEN

September 2010



Prolog

Die Voraussetzungen für das Zusammenleben in der Stadt haben sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert. Mit der ökonomischen Globalisierung und der demografischen Entwicklung gingen Individualisierung und Entsolidarisierung einher. Wir als Bunte Liste Bad Salzuflen befürworten dagegen eine "Solidarische Stadtgesellschaft". Bürgerschaftliches, unternehmerisches und politisches Engagement müssen die Grundlage bilden für eine notwendige Bewusstseinsänderung von unten nach oben sowie für eine Aufgabenverteilung mit neuen Rollen. Dazu wollen wir als BLBS undogmatisch und ohne parteipolitische Zwänge beitragen.

Solidarische Stadtgesellschaft heißt für uns:

- Lebensqualität, Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen sichern
- Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit fördern
- soziale Bedürftigkeit bekämpfen und mindern
- friedliches und tolerantes Zusammenleben fördern
- aktive Teilhabe der Bürgerinnen u. Bürger am politischen und gesellschaftlichen Geschehen sicherstellen

I. Transparenz und Bürgerbeteiligung

Die BLBS hält am Grundsatz fest, dass Bund, Land und Kommune nach wie vor für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge verantwortlich sind. Dies kann jedoch nur in einem intensiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen. Information im Vorfeld von Beratungen, Transparenz bei der Entscheidungsfindung und größtmögliche Beteiligung der Betroffenen müssen Voraussetzung für Politik im Allgemeinen sein. Bürgerbefragungen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollten die Arbeit von Rat und Verwaltung ergänzen.

II. Daseinsvorsorge und Vernetzung

Um in einer lebenswerten Stadt wohnen zu können, müssen Rat und Verwaltung die Grundlagen der öffentlichen Daseinsvorsorge aufrechterhalten. Die Förderung von Bildung, Kultur, Sport, die Betreuung der Jugend, die Unterstützung der Familien, die Begleitung von Menschen im Alter sind neben anderen Verwaltungsbereichen originäre Aufgaben der Kommune, die nicht auf ein äußerstes Minimum zurückgefahren werden darf.

Viele Menschen unterstützen dieses Bemühen mit großem Engagement sowohl privat als auch in zahlreichen Institutionen, Vereinen und Verbänden. Es ist Aufgabe der Stadt, intelligente Verknüpfungen und Vernetzungen zu initiieren und zu fördern, um die vorgenannten Ziele unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen zu erreichen. Die „Öffentliche Hand“ kann und darf sich dabei ihrer Verantwortung nicht entziehen. Das Gemeinwohl muss Vorrang haben vor privaten Wirtschaftsinteressen, eine Entkopplung von Teilen der Bevölkerung in Richtung Parallelgesellschaft gilt es zu verhindern.

III. Integration und Menschenwürde

Die Bemühungen von Politik und Verwaltung müssen immer darauf zielen, jedweden Menschen gleichberechtigte Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Deshalb ist Integration, egal ob für Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund, bildungsferne Schichten, Menschen mit Behinderung, Alte, Schwache oder sozial Bedürftige, oberste Zielsetzung. Jedem Menschen gebührt unser Respekt, jeder Mensch hat Anrecht auf Wahrung seiner Würde. Jedem Versuch, diese zu beschädigen, ob aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Religion oder Überzeugung, werden wir unmittelbar und mit allen demokratischen Mitteln entgegen treten. Dafür steht die Bunte Liste Bad Salzuflen.